

## Umsetzung in die IG-weiten Referenzen

1_Übersicht	<b>20170821 Übersicht über den größten Skandal in Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland</b>
Anlage V9	<b>[IG_K-KK_001]</b>
Anlage VG10a	<b>[IG_O-VG_0004]</b>
Anlage VG13	<b>[IG_K-VG_2317]</b>
5_Liste ..	<b>[IG_K-VG_0004]</b>

Von: arnd\_rueter [arnd\_rueter@web.de] Gesendet: Di 22.08.2017 00:06  
An: 'spiegel@spiegel.de'  
Cc: 'Rudolf Mühlbauer'  
Betreff: Unterlagen zum größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland

Nachricht

- 1\_Übersicht größter Skandal in Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.pdf
- 2\_Anlage V9\_20031105\_VdAK\_AEV an GDV mit Anmerkung.pdf
- 3\_VG10a\_20170428 empfangen\_20170426 gesendet\_BVerfG Kirchhof\_an Binding SPD\_Direktversicherungen.pdf
- 4\_VG13\_20170528\_Vizepräsident Kirchhof\_Kommentar zur Nichtannahme Verfassungsbeschwerde und Pressem...
- 5\_Liste von widerrechtlich vom Ersten Senat nicht angenommenen Verfassungsbeschwerden (11-08-2017).pdf....

**Dringend - Bitte ausdrucken und der Chefredaktion (Ressort Innenpolitik) vorlegen**

**Unterlagen zum größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland**

Sehr geehrter Herr Brinkbäumer,  
ich hoffe sehr, dass der SPIEGEL sich seiner Wurzeln bewusst ist. Gegen die aktuelle Situation ist die damalige Gegenwehr auf die Durchsuchung der Spiegel-Redaktion durch Betreiben von Strauß geradezu ein Sonntagsspaziergang gewesen.  
Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Amd Rüter

Sehr geehrter Herr Klaus Brinkbäumer,

anbei erhalten Sie eine Übersicht, welche den größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beschreibt, den die Bundesrepublik Deutschland bisher erleben musste. Es geht um den staatlich organisierten Betrug an ca. 6 Millionen Rentnern mit einem geschätzten Schaden von bisher 21 Milliarden Euro (Stand Ende 2016).

Die Übersicht ist aus der Begründung einer Verfassungsbeschwerde entstanden und stellt eine gestraffte Darstellung der wesentlichen Abläufe und Zustände dar. Sie enthält keine Beweise; die gesamte Verfassungsbeschwerde inkl. aller beweisenden Dokumente umfasst mehr als 1000 Seiten. Die in der beigefügten Übersicht enthaltenen Referenzen wurden absichtlich beibehalten, um zu verdeutlichen, dass sämtliche Aussagen (bis auf zwei in der Übersicht identifizierte Punkte) beweiskräftig belegt werden können.

Da die Politik keinerlei Absicht hat diese Geldbeschaffungsmaschine (ca. 2 Milliarden pro Jahr) abzustellen, die gesamte mit Beitragsrecht beschäftigte Sozialgerichtsbarkeit der Bundesrepublik ins Kriminelle abgedriftet ist und sich nun auch die Kriminalisierung wesentlicher Teile des Bundesverfassungsgerichts gezeigt hat, sehen wir keine andere Möglichkeit mehr, als uns an die Öffentlichkeit zu wenden.

Um Ihnen die Brisanz des ganzen zu verdeutlichen, haben wir in der Übersicht den Text an 3 Stellen gelb markiert. Zu diesen Punkten senden wir Ihnen in der Anlage die beweisenden Dokumente.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie sich als sogenannte „Vierte Gewalt“ des Themas annehmen und die Information der Öffentlichkeit unterstützen würden. Uns ist bewusst, dass in Presse, Funk und Fernsehen bereits der eine oder andere Punkt behandelt wurde. Durch unzureichende Aufbereitung unter Berücksichtigung sämtlicher Aspekte und mangelnde Unterstützung durch Betroffene wurde aber meistens ein sehr verzerrtes Bild der Situation widergegeben. Sämt und besonders wird von den verantwortlichen Verursachern des Skandals behauptet, es handle sich um Versorgungsbezüge im Sinne des Betriebsrentengesetzes (BetrAVG). Dazu wird mit den Begriffen „betriebliche Altersversorgung“ und „Direktversicherung“ Rechtsbeugung betrieben. Dies ist aber die rechtsbeugende Finte der Judikative, mit der die privat finanzierten Kapitallebensversicherungen in mit Sozialversicherungsbeiträgen zu belastende Renten umgedeutet werden.

Das Material ist sicher nicht geeignet, um daraus Kurzberichte zu schreiben bzw. zu erstellen. Man kann sich eine journalistische Bearbeitung wohl am besten als dreiteilige Serie vorstellen: (1) Die Entstehungsgeschichte des GMG, (2) Die Kriminalisierung der Sozialgerichtsbarkeit, (3) Die Kriminalisierung des Bundesverfassungsgerichts.

Wenn Sie bereits unter Last der gesandten Informationen stöhnen und es als zu kompliziert ansehen, dann entschuldigen Sie bitte die Störung. Was wir keinesfalls gebrauchen können, wenn uns jemand mit viel Unterstützungsarbeit zudeckt, um dann für sich heraus zu finden, dass

- das Ganze einfach zu lästig ist (weil mit viel Arbeit verbunden),
- das Thema einfach zu „heiß“ und politisch zu brisant ist und der Eigentümer, die Chefredaktion oder ähnliche Kontrollorgane der Medien die Veröffentlichung stoppen, bevor es losgeht,
- Sie dem Thema einfach nicht gewachsen sind,

dann ist es besser, wenn Sie dies einfach so mitteilen und nicht erst nach unglaublichen Begründungen suchen.

Wenn Sie allerdings durch die erhaltenen Informationen hellwach werden und Ihr Berufsethos Sie nicht mehr ruhen lässt, dann bekommen Sie selbstverständlich weitere Unterstützung.

Wir freuen uns auf eine baldige Nachricht von Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

.....  
(Dr. Arnd Rüter)

Haydnstraße 5  
85591 Vaterstetten  
08106 32754  
[arnd\\_rueter@web.de](mailto:arnd_rueter@web.de)

.....  
(Rudolf Mühlbauer)

Camerloherstraße 7  
85737 Ismaning  
089 965547  
[rudolf.muehlbauer@zumare.de](mailto:rudolf.muehlbauer@zumare.de)

**Hinweis:**

Sämtliche vorhandenen Dokumente sind ohne spezielle juristische Kenntnisse lesbar und verstehbar, als Voraussetzung reicht völlig der gesunde Menschenverstand aus.

**Anlagen:**

1. Übersicht größter Skandal in Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.pdf
2. Anlage V9\_20031105\_VdAK\_AEV an GDV mit Anmerkung.pdf
3. VG10a\_20170428 empfangen\_20170426 gesendet\_BVerfG Kirchhof\_an Binding SPD\_Direktversicherungen.pdf
4. VG13\_20170528\_Vizepräsident Kirchhof\_Kommentar zur Nichtannahme Verfassungsbeschwerde und Pressemitteilung.pdf
5. Liste von widerrechtlich vom Ersten Senat nicht angenommenen Verfassungsbeschwerden (10-08-2017).pdf

Von: Leserservice@spiegel.de  
An: arnd\_rueter@web.de  
Cc: rudolf.muehlbauer@zumare.de

Gesendet: Fr 15.09.2017 17:45

Betreff: Unterlagen zum größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschlan

Sehr geehrter Herr Dr. Rüter,

vielen Dank für Ihren Themenvorschlag, wir haben ihn an unsere Fachredaktion weitergeleitet.

Wie Sie sich vorstellen können, erhält DER SPIEGEL zahlreiche Informationen und Anregungen zu Themen, die bisher nicht oder nicht genügend beachtet wurden. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass nicht jeder Vorschlag umgesetzt werden kann.

Die Redaktion prüft, ob Ihre Hinweise archiviert und gegebenenfalls für zukünftige Artikel genutzt werden können. Sie wird sich mit Ihnen in Verbindung setzen, wenn Ihre Anregung in die Berichterstattung einfließt oder sie Fragen zu Ihrem Thema hat.

Eine Absage für Ihren Vorschlag erhalten Sie von uns nicht. Das können wir aufgrund der vielen Eingänge personell leider nicht leisten.

Für das uns entgegengebrachte Vertrauen und Ihr Verständnis danken wir Ihnen.

Freundliche Grüße

Martina Sprengel  
Leserservice  
SPIEGEL-Verlag

SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG  
Ericusspitze 1  
20457 Hamburg

Tel: +49 40 3007-2687  
Fax: +49 40 3007-2966  
E-Mail: [leserservice@spiegel.de](mailto:leserservice@spiegel.de)  
Internet: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de)

---

Bleiben Sie informiert mit unserem Morning Briefing DIE LAGE.  
Der kompakte Nachrichtenüberblick am Morgen: aktuell und meinungsstark.  
Jeden Morgen (werktags) um 6 Uhr. Bestellen Sie direkt hier: [www.spiegel.de/dielage](http://www.spiegel.de/dielage)

---

SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG,  
Sitz und Registergericht Hamburg HRA 61 755  
Komplementärin Rudolf Augstein GmbH,  
Sitz und Registergericht Hamburg HRB 13 105  
Geschäftsführer Thomas Hass

---

Von: arnd\_rueter [arnd\_rueter@web.de]

Gesendet: Mi 11.10.2017 23:32

An: 'chefredaktion@spiegel.de'

Cc:

Bcc: 'Rudolf Mühlbauer'

Betreff: WG: Unterlagen zum größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deuts

- Nachricht
- 1\_Übersicht größter Skandal in Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.pdf
  - 2\_Anlage V9\_20031105\_VdAK\_AEV an GDV mit Anmerkung.pdf
  - 3\_VG10a\_20170428 empfangen\_20170426 gesendet\_BVerfG Kirchhof\_an Binding SPD\_Direktversicherungen.pdf

Sehr geehrte Sekretärin / sehr geehrter Sekretär,

Ich wäre Ihnen wirklich sehr dankbar, wenn Sie diese Email samt ihrer Anlagen ausdrucken und dem Herrn Brinkbäumer zur Entscheidung vorlegen.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Arnd Rüter

---

Sehr geehrter Herr Brinkbäumer,

heute habe ich versucht heraus zu bekommen, ob unsere Email vom 22.08.2017 mit den Anlagen Ihnen jemals vorgelegen hat. Es war mir nicht möglich die Wege der Email heraus zu finden; ich habe nur feststellen müssen, dass eine telefonische Verbindung zum Sekretariat der Chefredaktion grundsätzlich verweigert wird (kein unbedingtes Signal für Offenheit).

Ich kann mir gut vorstellen, dass der SPIEGEL viele Anregungen und Informationen zu Themen erhält und darin nicht ertrinken will. Allerdings haben wir in unserer ursprünglichen Email den Betreff nicht zum Spaß so gewählt. Welchen Betreff hätten wir sonst wählen sollen, wenn es nun einmal so ist? Wie würde ein Redakteur des SPIEGEL ein solche komplexes Thema an den Mann bzw. an die Zeitung bringen? Würde er die 1000 Seiten der Verfassungsbeschwerde inkl. aller beweisenden Unterlagen plus den gesamten Dokumentenaustausch (25 Dokumente mit diversen Anhängen) mit den verschiedensten Mitarbeitern des Bundesverfassungsgerichts senden und mitteilen „da haben Sie es“ oder würde er versuchen eine Zusammenfassung zu schreiben, möglichst kurz, aber nicht so, dass das Gesamtbild verfälscht wird und würde dann dieses unterlegen mit exemplarischen Beispielen, die beweisen, dass da kein einsamen Spinner am Werke sind (wir sind eingebunden in ca. 2000 für ihr Recht kämpfende Rentner) und die zeigen wie politisch brisant das Ganze ist?

Ich habe von Frau Spengel erfahren, der SPIEGEL prüft, ob den gesendeten Unterlagen ggf. die Ehre zuteilwerden soll, archiviert zu werden.

Wirklich nichts gegen Frau Spengel und ihre mir unbekanntem Bemühungen. Aber wenn der SPIEGEL beschließt, dass ihn das Thema nicht sonderlich bewegt, dann hätte ich das schon gern aus „berufener Quelle“ (der Chefredaktion) erfahren. Es ist schon ein Unterschied ob man den über 6 Millionen vom Staat systematisch um ihre privaten Ersparnisse betrogenen Rentnern mitteilt (ich bin ehrlich: versucht mitzuteilen), „der SPIEGEL hat es vielleicht sogar archiviert“ oder ob man mitteilt „der SPIEGEL hat kein Interesse an diesem Thema“.

Für einen wie mich (Jahrgang 1950, die ersten 25 Jahre in der DDR gelebt, wegen staatsfeindlicher Hetze von der Stasi ins Gefängnis gebracht, von der Bundesrepublik freigekauft) bedeutet letzteres allerdings ein grundsätzliches Neudenken der Weltlage. Für mich war über Jahrzehnte der „SPIEGEL“ eine Art Synonym für „die 4. Gewalt im Staate“ (Spiegel-Affäre etc.). Damit dürfte es ja nun, nicht nur für mich, vorbei sein.

Für jeden Menschen gibt es Schlüsselerlebnisse im Leben. Eines der meinigen war, als ich den Stasi-Verhörer bat mir ein Exemplar der „Verfassung der DDR“ zum Lesen zu geben und er antwortete „was wollen sie denn damit, die benutzen wir auch nicht“. Heute signalisieren mir die Vertreter der sogenannten 3 Säulen unserer verfassungsmäßigen Ordnung exakt das Gleiche „was wollen sie denn mit dem Grundgesetz, das benutzen wir auch nicht bzw. wir brechen es wie es uns beliebt“. Sie sehen, die deutsche Einheit ist, so gesehen, gelungen; ich bin immer noch im gleichen Sumpf.

Ich für meinen Teil werde mich nicht damit abfinden, dass ein paar Hundert hirnlose Machtgeile der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland die Sargnägeln einschlagen.

Was der SPIEGEL in dieser Beziehung tut oder unterlässt, haben Sie zu entscheiden.

Ich hätte gern Ihre Entscheidung aus berufenem Munde. Wie die ursprüngliche Email besagt, Pseudobegründungen brauche ich dann nicht.

Sollte meine Email (so sie denn Sie überhaupt erreicht) wider Erwarten eine andere Reaktion erzeugen: Ich kann nicht nur sämtliche Aussagen meine Zusammenfassung belegen/beweisen. Ich könnte auch darüber hinaus weitgehende Unterstützung leisten: ich kann Artikel schreiben, ohne dass ich unbedingt mich als Autor sehen muss (ich bin mir selbst nicht so wichtig).

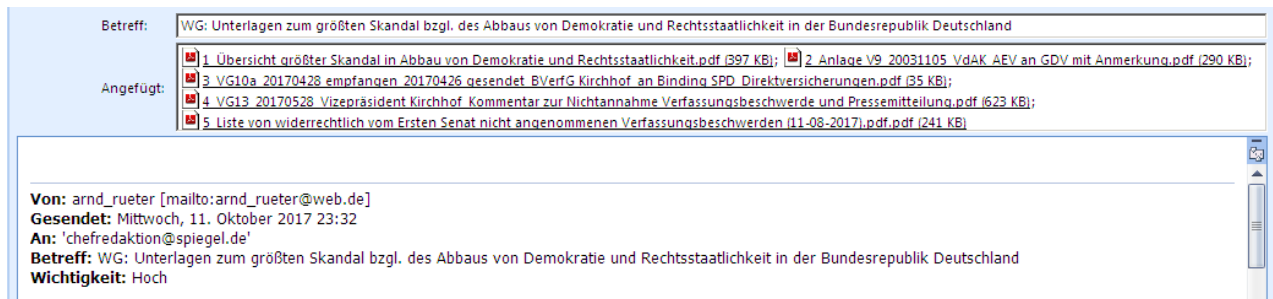
Sie, Herr Brinkbäumer, entscheiden; aber ich hätte gern gewusst wie.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Arnd Rüter

Dr. Arnd Rüter  
Haydnstraße 5  
85591 Vaterstetten  
Tel. 08106 32754  
Email [arnd\\_rueter@web.de](mailto:arnd_rueter@web.de)

Einschreiben/Rückschein  
Claus Brinkbäumer  
- **persönlich** -  
c/o DER SPIEGEL  
Ericusspitze 1  
20457 Hamburg

Vaterstetten, 31.10.2017



Per Email gesendet am 11.10.2017 an [chefredaktion@spiegel.de](mailto:chefredaktion@spiegel.de)

## **Unterlagen zum größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland**

Sehr geehrte Sekretärin / sehr geehrter Sekretär,

Ich wäre Ihnen wirklich sehr dankbar, wenn Sie diese Email samt ihrer Anlagen ausdrucken und dem Herrn Brinkbäumer zur Entscheidung vorlegen.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Arnd Rüter

---

Sehr geehrter Herr Brinkbäumer,

heute habe ich versucht heraus zu bekommen, ob unsere Email vom 22.08.2017 mit den Anlagen Ihnen jemals vorgelegen hat. Es war mir nicht möglich die Wege der Email heraus zu finden; ich habe nur feststellen müssen, dass eine telefonische Verbindung zum Sekretariat der Chefredaktion grundsätzlich verweigert wird (kein unbedingtes Signal für Offenheit).

Ich kann mir gut vorstellen, dass der SPIEGEL viele Anregungen und Informationen zu Themen erhält und darin nicht ertrinken will.

Allerdings haben wir in unserer ursprünglichen Email den Betreff nicht zum Spaß so gewählt.

Welchen Betreff hätten wir sonst wählen sollen, wenn es nun einmal so ist?

Wie würde ein Redakteur des SPIEGEL ein solche komplexes Thema an den Mann bzw. an die Zeitung bringen? Würde er die 1000 Seiten der Verfassungsbeschwerde inkl. aller beweisenden Unterlagen plus den gesamten Dokumentenaustausch (25 Dokumente mit diversen Anhängen) mit den verschiedensten Mitarbeitern des Bundesverfassungsgerichts senden und mitteilen „da haben Sie es“ oder würde er versuchen eine Zusammenfassung zu schreiben, möglichst kurz, aber nicht so, dass das Gesamtbild verfälscht wird und würde dann dieses unterlegen mit exemplarischen Beispielen, die beweisen, dass da keine einsamen Spinner am Werke sind (wir sind eingebunden in ca. 2000 für ihr Recht kämpfende Rentner) und die zeigen wie politisch brisant das Ganze ist?

Ich habe von Frau Spengel erfahren, der SPIEGEL prüft, ob den gesendeten Unterlagen ggf. die Ehre zuteilwerden soll, archiviert zu werden.

Wirklich nichts gegen Frau Spengel und ihre mir unbekanntem Bemühungen. Aber wenn der SPIEGEL beschließt, dass ihn das Thema nicht sonderlich bewegt, dann hätte ich das schon gern aus „berufener Quelle“ (der Chefredaktion) erfahren. Es ist schon ein Unterschied ob man den über 6 Millionen vom Staat systematisch um ihre privaten Ersparnisse betrogenen Rentnern mitteilt (ich bin ehrlich: versucht mitzuteilen), „der SPIEGEL hat es vielleicht sogar archiviert“ oder ob man mitteilt „der SPIEGEL hat kein Interesse an diesem Thema“.

Für einen wie mich (Jahrgang 1950, die ersten 25 Jahre in der DDR gelebt, wegen staatsfeindlicher Hetze von der Stasi ins Gefängnis gebracht, von der Bundesrepublik freigekauft) bedeutet letzteres allerdings ein grundsätzliches Neudenken der Weltlage. Für mich war über Jahrzehnte der „SPIEGEL“ eine Art Synonym für „die 4. Gewalt im Staate“ (Spiegel-Affäre etc.). Damit dürfte es ja nun, nicht nur für mich, vorbei sein.

Für jeden Menschen gibt es Schlüsselerlebnisse im Leben. Eines der meinigen war, als ich den Stasi-Verhörer bat mir ein Exemplar der „Verfassung der DDR“ zum Lesen zu geben und er antwortete „was wollen sie denn damit, die benutzen wir auch nicht“. Heute signalisieren mir die Vertreter der sogenannten 3 Säulen unserer verfassungsmäßigen Ordnung exakt das Gleiche „was wollen sie denn mit dem Grundgesetz, das benutzen wir auch nicht bzw. wir brechen es wie es uns beliebt“. Sie sehen, die deutsche Einheit ist, so gesehen, gelungen; ich bin immer noch im gleichen Sumpf.

Ich für meinen Teil werde mich nicht damit abfinden, dass ein paar Hundert hirnlose Machtgeile der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland die Sargnägel einschlagen.

Was der SPIEGEL in dieser Beziehung tut oder unterlässt, haben Sie zu entscheiden.

Ich hätte gern Ihre Entscheidung aus berufenem Munde. Wie die ursprüngliche Email besagt, Pseudobegründungen brauche ich dann nicht.

Sollte meine Email (so sie denn Sie überhaupt erreicht) wider Erwarten eine andere Reaktion erzeugen: Ich kann nicht nur sämtliche Aussagen meine Zusammenfassung belegen/beweisen. Ich könnte auch darüber hinaus weitgehende Unterstützung leisten: ich kann Artikel schreiben, ohne dass ich unbedingt mich als Autor sehen muss (ich bin mir selbst nicht so wichtig).


Sie, Herr Brinkbäumer, entscheiden; aber ich hätte gern gewusst wie.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Arnd Rüter

Anhänge:

1. Email Antwort vom Leserservice vom 15.09.1917 (s.o.)
2. ursprünglich Email an Hr. Brinkbäumer vom 22.08.2017 (s.o.)



Deutsche Post 

**Rückschein National**

**Entgelt bezahlt**

Sehr geehrte Kundin,  
sehr geehrter Kunde!

Tragen Sie bitte rechts Ihre vollständige  
Adresse ein.

Bitte vergessen Sie nicht:  
Auch auf der Sendung sind  
Ihre Absenderangaben anzugeben.

Füllen Sie bitte auch auf der Rückseite  
folgende Felder aus:

- „Empfänger der Sendung“
- ggf. „Sendungsnummer/Identcode“

Vergessen Sie Ihre Adresse nicht!

Bitte zurücksenden an:

Dr. Rüter  
Name

Arnd  
Vorname

Hayelndt. 5  
Straße und Hausnummer oder Postfach

85591 Vaterstetten  
Postleitzahl, Ort




Von: arnd\_rueter [arnd\_rueter@web.de]


Gesendet: So 12.11.2017 23:28

An: 'anne.seith@spiegel.de'

Cc: 'reinhard.guenther@online.de'; 'Rudolf Mühlbauer'

Betreff: Unterlagen zum größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland

Nachricht |  Gerichte\_Dokumentenaustausch\_(v7\_20171014).pdf

 WG: Unterlagen zum größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesre...

Sehr geehrte Frau Seith,

ich nehme Bezug auf

- 1) die an Herrn Brinkbäumer am 22.08.2017 übersandten „Unterlagen zum größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland“,
- 2) meine am 11.10.2017 an Herrn Brinkbäumer gesandte Email (anbei als Anlage) und
- 3) Ihre Kommunikation mit Reinhard Günther.

Herr Günther hat mitgeteilt, dass Sie von Herrn Brinkbäumer aufgefordert sind, die übersandten Unterlagen durchzusehen.

Zugegeben, das ist keine locker zu erledigende Aufgabe, nachdem etliche Betroffene mit der Erarbeitung der Hintergründe bereits Jahre zubringen; bei mir werden Ende des Jahres 3 Jahre intensiver Beschäftigung mit dem Thema abgelaufen sein. Herr Günther hat Sie völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass Sie die 18 Seiten der Übersicht wohl oder übel durchlesen müssen, um ein Grundverständnis der Sachlage zu bekommen. Es ist eines der Übel dieses Skandals, dass die meistens Betroffenen bis heute nicht durchschauen wie ihnen da konkret staatlich organisiert mitgespielt wird und die bisherigen durch Betroffene gesteuerten Deutungen in den Medien durchaus nicht vollständig die Realität widerspiegeln. Die Unterstützung durch Rechtsanwälte, die der eine oder andere Betroffene in Anspruch genommen hat, waren durchgängig kontraproduktiv. Ich persönlich habe meinem Anwalt nach Entwurf einer Klage vor dem Sozialgericht wegen absoluter Unfähigkeit den Laufpass gegeben.

Um Ihnen die Arbeit zu erleichtern möchte ich Ihnen die folgenden Informationen geben.

#### 1. Es ist absolut keinerlei Recherche mehr erforderlich

Ich bin eingebunden in eine Gruppe von ca. 2000 Rentnern, von denen die Mehrheit natürlich nichts tuend/abwartend ist. Die Minderheit ist aber sehr rege und hat allerlei beweisendes Material zusammengetragen (auch schon vor meiner Zeit 2015). Alles Material, was ich von anderen bekommen habe, habe ich selbst noch einmal bzgl. seiner Aussage-/Beweiskraft untersucht.

Ich bin jetzt Rentner, aber ich war Mathematiker/Informatiker/Dr. rer. nat., also kein Jurist. Mir hat es aber im Berufsleben ein **sehr guter Anwalt** (renommierte Kanzlei Wessing&Partner, Isartor München, der alte Graf Lambsdorff war auch aus dieser) sehr gut eingebläut. Z.B.: Das Rechtssystem/die Gesetze bestehen aus einer logischen Konstruktion aus „UND“ und „ODER“. „Wenn Sie die Texte zwischen den „und“ und „oder“ nicht verstehen, so liegt das nicht in ihrer Dummheit, sondern an der Dummheit derer, die sie geschrieben haben“. „Überschriften sind rechtlich nicht relevant, sie dienen aber zur Täuschung oder psychologischen Steuerung des Gegenübers/Gegners“. ...

Meine **Klage** vor der Sozialgerichtsbarkeit als auch die Ergänzung zu dieser als Basis für die Verfassungsbeschwerde (**EfVerfB**) sind sämtlich aus den beweisenden Dokumenten entstanden. Für die gesandte Übersicht (1\_Übersicht größter Skandal in Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.pdf) habe ich zusätzlich die Kommunikation mit dem Bundesverfassungsgericht komprimiert in Kap. IX. Die übergeordneten Dokumente sind also entsprechend der nachfolgenden Abbildung von rechts nach links entstanden.

Das bedeutet: es gibt keine Aussagen in den übergeordneten Dokumenten, die nicht auf beweisenden Dokumenten beruhen. (Einzige Ausnahme: wir haben keine Beweise, wie die SPD die Richter Hartwig Balzer in den 12. Senat des BSG und die Richterin Christine Hohmann-Dennhardt in den Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts gehievt hat).

Sämtliche Dokumente sind im beigefügten File „Gerichte Dokumentenaustausch\_(v7 20171014).pdf“ aufgelistet.

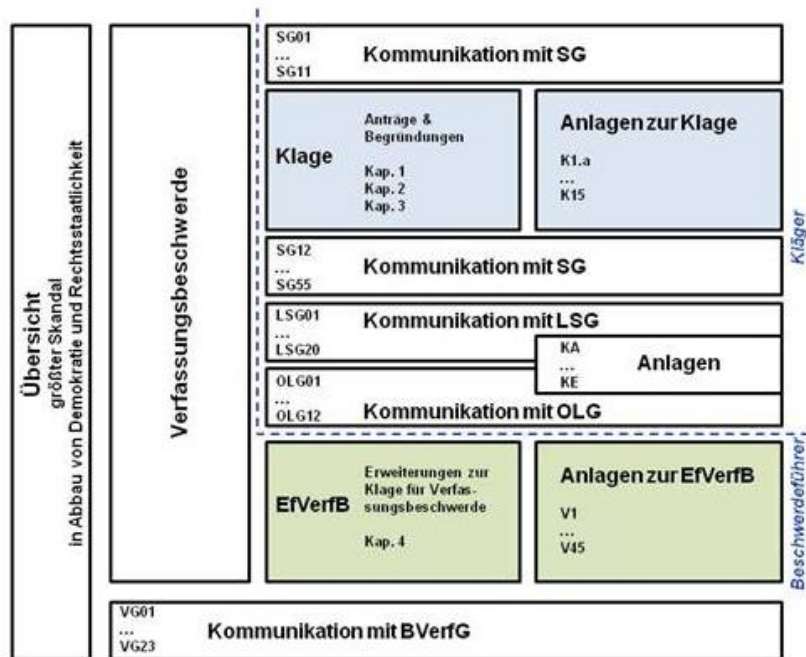


Abbildung: Struktur der zur Verfassungsbeschwerde zugeordneten Dokumente  
(Details in Übersicht Anlagen – UA\_Gerichte Dokumentenaustausch.pdf)

2. Das Wichtigste ist es für den SPIEGEL die Sicherheit herzustellen, dass alle Aussagen auf beweisbaren Tatsachen beruhen

Ich würde natürlich für den Zweck sämtliche Dokumente zur Verfügung stellen.

Die mit der Email an Herrn Brinkbäumer gesandten beweisenden Beispiele sind also:

2\_Anlage V9\_20031105\_VdAK\_AEV an GDV mit Anmerkung.pdf (=V9 aus den Anlagen zur EfVerfB)

3\_VG10a\_20170428 empfangen\_20170426 gesendet\_BVerfG Kirchhof\_an Binding

SPD\_Direktversicherungen.pdf (=VG10A aus der Kommunikation mit dem BVerfG)

4\_VG13\_20170528\_Vizepräsident Kirchhof\_Kommentar zur Nichtannahme Verfassungsbeschwerde und Pressemitteilung.pdf (=VG13 aus der Kommunikation mit dem BVerfG)

Zielführend ist es eine Person dafür abzustellen. Diese Person braucht **keinesfalls juristische Kenntnisse**. Sämtliche relevanten juristischen Texte (Gesetzesauszüge/Auszüge aus Urteilen) sind in den Dokumenten inkludiert und die wesentlichen Aussagen hervorgehoben.

**Wesentlich ist ein gesunder Menschenverstand.**

Ich würde vorschlagen, dass ich für eine Erste Runde nach Hamburg (?) kommen würde. Dann würde ich mit dieser Person sämtliche Aussagen durchgehen und immer wieder bis hin zu den beweisenden Dokumenten die Ableitung der Aussage begründen.

Sinnvoll wäre es zu einem solchen Termin, wenn Herr Brinkbäumer zeitweise sich die Unterhaltung anschauen würde, um sich einen Eindruck zu verschaffen, ob es tatsächlich beweiskräftig auch in ihrem Sinn abläuft (schließlich muss die Zeitung letztlich für die Aussagen gerade stehen).

Dann sollte die Person in einer zweiten Runde sich noch einmal allein die Aussagen mit dem Hintergrundmaterial zu Gemüte führen.

Einen gemeinsamen Termin kann man ggf. wiederholen.

### 3. Die Erstellung von Artikeln kann auf verschiedene Weise geschehen

Da kann man sich verschiedene Vorgehensweisen aussuchen:

Von: Die Person schreibt Artikel-Entwürfe und ich schaue mal drüber

Bis: Ich mache zu gewünschten inhaltlichen Aussagen Entwürfe (die man notfalls auch zerreißen kann).

Sehr geehrte Frau Seith, ich bin auch bereit auf sporadische Fragen „wieso“/„warum“/„weshalb“ zu antworten; Sie müssen also keinesfalls eine „vollständige Liste“ Ihrer Fragen erstellen, bevor Sie etwas fragen (Kontakte nachfolgend). Ich bin Rentner, da wird die Zeit anders gesteuert.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Arnd Rüter

Haydnstraße 5

85591 Vaterstetten

Tel.: 08106 32754

Email: [arnd\\_rueter@web.de](mailto:arnd_rueter@web.de)

Von: Seith, Anne [anne.seith@spiegel.de] Gesendet: Mo 13.11.2017 09:11  
An: arnd\_rueter  
Betreff: Read: Unterlagen zum größten Skandal bzgl des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland

Ihre Nachricht

An: Seith, Anne  
Betreff: Unterlagen zum größten Skandal bzgl des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland  
Gesendet: Sonntag, 12. November 2017 23:28:04 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien  
wurde am Montag, 13. November 2017 09:11:09 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien gelesen.

Von: Seith, Anne [anne.seith@spiegel.de] Gesendet: Mo 13.11.2017 09:25  
An: arnd\_rueter  
Cc: reinhard.guenther@online.de; Rudolf Mühlbauer  
Betreff: Re: Unterlagen zum größten Skandal bzgl des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutsch

Nachricht | image001.jpg

Sehr geehrter Herr Arndt, sehr geehrter Herr Guenther,

Ich habe mich bereits durch die 19 Seiten durchgearbeitet. Leider sehe ich keinen unmittelbaren Anlass der Berichterstattung, die Argumentation ist aus meiner Sicht nicht ganz schlüssig. Die bisherige Berichterstattung in der Presse scheint mir da doch angemessen.

Es kann allerdings sein, dass das Thema bei den Koalitionsverhandlungen aktuell wird. Sollte es so kommen, gäbe es aus unserer Sicht womöglich Neues zu berichten, was man im SPIEGEL aufgreifen kann.

Ich hoffe, ich darf in diesem Fall wieder auf Sie zukommen,

Beste Grüße,  
Anne Seith

DER SPIEGEL  
Mob: +49 162 2452770  
Mail: [anne\\_seith@spiegel.de](mailto:anne_seith@spiegel.de)

Sent from my iPhone

Von: Seith, Anne [anne.seith@spiegel.de] Gesendet: Mo 13.11.2017 09:28  
An: arnd\_rueter  
Cc: reinhard.guenther@online.de; Rudolf Mühlbauer  
Betreff: Entschuldigung für den Namensdreher

Nachricht | image001.jpg

Hallo Herr Rüter,

Die Namensverwechslung tut mir leid, das war ein Tippfehler - ich sitze im Zug, wollte Ihnen aber trotzdem gleich antworten, damit Sie nicht warten müssen. Ich hoffe, Sie verzeihen mir das.

Beste Grüße,  
Anne Seith

DER SPIEGEL  
Mob: +49 162 2452770  
Mail: [anne\\_seith@spiegel.de](mailto:anne_seith@spiegel.de)

Sent from my iPhone


Von: arnd\_rueter [arnd\_rueter@web.de]


Gesendet: Mo 13.11.2017 22:41

An: 'anne.seith@spiegel.de'

Cc: 'chefredaktion@spiegel.de'; 'reinhard.guenther@online.de'; 'Rudolf Mühlbauer'

Betreff: WG: Unterlagen zum größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deuts...

Nachricht |  Gerichte\_Dokumentaustausch\_(v7\_20171014).pdf

 WG: Unterlagen zum größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesre...

Sekretariat Chefredaktion: Bitte an

Herrn Brinkbäumer weiterleiten, danke.

Sehr geehrte Frau Seith,

es tut mir leid, aber so billig möchte ich Sie nicht davon kommen lassen.

Die **Argumentation** ist in Ihrer Sicht schon deswegen **nicht ganz schlüssig**, weil das 19-seitige Dokument, welches Sie gelesen haben, keinerlei Argumentation enthält.

Das Dokument besteht aus einer Ansammlung von Feststellungen und hat lediglich Verweise auf andere Dokumente, die die Beweise für diese enthalten.

Die beweisenden Dokumente, aus welchen diese Schlüsse gezogen werden, haben Sie allerdings noch gar nicht gesehen. Es gibt lediglich 3 Stellen im von Ihnen gelesenen Übersichtsdokument (Text gelb markiert) zu welchem Sie beispielhaft die beweisenden Dokumente (Anlagen 2\_..., 3\_..., 4\_...) erhalten haben.

Eine Argumentation könnte bestenfalls darin bestehen, wieso die Schlussfolgerungen/Feststellungen in der Übersicht aus den beweisenden Dokumenten ihre Berechtigung haben.

Nochmals in anderer Darstellung der Sachverhalt:

Die rot-grüne Bundesregierung unter Schröder hatte es durch unfähige Politik geschafft die Sozialkassen in 3 Jahren zu leeren.

Dann ist man 2003 nicht auf eine geänderte Politik verfallen, sondern hat zusammen mit den Lobbyisten der Gesetzlichen Krankenkassen beschlossen sich das Geld bei den Rentnern zu holen, weil die sich nicht wehren können. Die Idee war, die Kapitallebensversicherungen der Beschäftigten bei Auszahlung (Privateigentum) rechtsbeugend in "Betriebliche Renten" "umzudefinieren" und darauf Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge zu erheben. Die dafür erforderlichen Änderungen im SGB hat man in einer Nacht und Nebel Aktion am Parlament vorbei gebastelt (Ulla Schmidt, Horst Seehofer,... es waren auch einige Vertreter aus Landesregierungen dabei). Allesamt waren dies Vertreter der Parteien oder der Exekutive und hatten kein Recht Legislative/Gesetzgeber zu spielen. Das Parlament hat ahnungslos alles abgenickt (bis auf wenige lobenswerte Ausnahmen), was ihm über Nacht untergeschoben worden ist. Das Gesetz (GMG) ist also verfassungswidrig entstanden. Die Gesetzesänderungen zum 1.1.2004 allein reichten aber für die Durchführung des staatlich organisierten Betrugs nicht aus. Deshalb wurde der in Rente gehende Vorsitzende Richter des 12. Senats des Bundessozialgerichts durch einen der SPD genehmen ersetzt (Ausnutzung der politischen Einflussnahme des deutschen Richterwahlgesetzes). Dieser hat für eine Reihe von rechtsbeugenden Urteilen in 2006 gegen klagende Rentner in dieser Sache gesorgt. Mittlerweile berufen sich sämtliche mit Beitragsrecht befassete Sozialgerichte (Sozialgerichte, Landessozialgerichte, das Bundessozialgericht) auf diese rechtsbeugenden Urteile als sogenannte "höchstrichterliche" Rechtsprechung - das ist Rechtsbeugung (Straftatbestand mit mindestens 1 Jahr Haft) und Verfassungsbruch (Art. 97, 103 (1)). Auch das hätte noch nicht zur Durchsetzung des Betrugs gereicht, denn es gibt noch das Bundesverfassungsgericht. 3 Richter aus dessen Erstem Senat haben aber unter Christine Hohmann-Dennhardt (Vorsitz, offensichtlich von der SPD dort hingehievt), Ferdinand Kirchhof, Reinhard Gaier in 2008 das wesentliche rechtsbeugende Urteil des Bundessozialgerichts inhaltlich und in Teilen sogar wörtlich abgeschrieben. Der Beschluss des Verfassungsgerichtes ist inhaltlich und durch den Beschluss, dem BSG das Recht auf selbständiges Umdefinieren des Rechts (Rechtsbeugung) zugestehen, Verfassungsbruch. Anschließend wurden unter dem Vorsitz Kirchhof noch zwei weitere verfassungswidrige Beschlüsse gefasst, um den staatlich organisierten Betrug endgültig zu zementieren. "Ganz zufällig" wurde Kirchhof in 2010 zu Vizepräsidenten gekürt. Seitdem plant der 1. Senat unter seinem Vorsitz jährlich, sämtliche Verfassungsbeschwerden zu dem GMG-Thema Herrn Kirchhof höchst selbst zur "Bearbeitung" zuzuschieben, um sie dann "ohne Begründung abzulehnen". Nach gesetzlicher Regelung sind diese Verfassungsbeschwerden aber vom Zweiten Senat (unter Voßkuhle) zu bearbeiten. Voßkuhle weiß von alledem, aber er sitzt es einfach aus. Das ist wiederum Rechtsverweigerung und Verfassungsbruch auch durch Voßkuhle.

Mittlerweile sind die über 6 Millionen betroffenen Rentner um über 21 Milliarden bestohlen worden. Die Politik (Parteien CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/die Grünen), Exekutive, Legislative) beruft sich permanent auf die Verfassungsgerichtsbeschlüsse, wohl wissend, dass diese verfassungswidrig sind, und wollen nicht auf die über 2 Milliarden Diebesgut jährlich verzichten. Die FDP hat zwar immer mal dagegen gemault, aber jede Chance etwas dagegen zu tun, konsequent ausgelassen.

Die Durchsetzung dieses staatlich organisierten Betrugs ging und geht also nicht nur einher mit der Kriminalisierung der bundesdeutschen Sozialgerichtsbarkeit, sondern auch mit einer Kriminalisierung des obersten deutschen Gerichts. Die Bundesverfassungsrichter missachteten nicht nur die Verfassung und das eigens für sie geschaffene Bundesverfassungsgerichtsgesetz, sondern verletzen auch strafrechtlich relevante Paragraphen und gehören streng genommen (wenn man die Gesetze ernst nehmen würde) hinter Gitter.

Die Feststellungen,

- dass Parteienvertreter 2003 am Parlament vorbei verfassungswidrig Gesetzesänderungen vorgenommen und die willigen Abgeordneten als Stimmvieh missbraucht haben,
- dass die rot-grüne Bundesregierung in 2004 einen Vorsitzenden Richter im 12. Senat des BSG etabliert hat, der sich dafür in 2006 mit einer Serie von rechtsbeugenden Urteilen revanchierte und den staatlich organisierten Betrug erst möglich gemacht hat,
- dass sämtliche mit Beitragsrecht befassete Kammern der Sozialgerichte der Bundesrepublik Deutschland kriminell agieren (Rechtsbeugung und Verfassungsbruch)
- dass die rot-grüne Bundesregierung eine Richterin im Ersten Senat des Verfassungsgerichts etabliert hat unter deren Vorsitz 2008 diese rechtsbeugenden Urteile des BSG verfassungswidrig vom Bundesverfassungsgericht als rechtens erklärt wurden,
- dass der Verfassungsrichter Kirchhof an diesem verfassungswidrigen Urteil beteiligt war und in der Folge (2010) noch 2 weitere verfassungswidrige Urteile fällte, die den staatlich organisierten Betrug unangreifbar machen sollten,
- dass der Verfassungsrichter Kirchhof zur Belohnung 2010 zum Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts gekürt wurde,
- dass der Vizepräsident Kirchhof seitdem die gesetzeswidrige Aneignung sämtlicher Verfassungsbeschwerden zu diesem Betrug plant und durchführt, um sie rechtsbeugend und unter Verfassungsbruch „ohne Begründung nicht anzunehmen“ ,
- dass nicht nur der Vizepräsident, sondern der gesamte Erste Senat und das „Allgemeine Register“ des Verfassungsgerichtes fortlaufend die Verfassung bricht,
- dass der Präsident des Bundesverfassungsgerichts um diese Vorgänge weiß, aber den Beschwerdeführern ihr verfassungsmäßig garantiertes Recht verweigert,
- dass ....

sind Ihnen also nicht der Überprüfung und schon gar nicht der Veröffentlichung wert?

Sie halten die bisherige Berichterstattung in der Presse, die von einer durch Rentner gefühlten Unrechtsbehandlung berichtet ohne auch nur ansatzweise Ross und Reiter zu benennen, **da doch für angemessener?** Neuerdings sind die 6 Mio bestohlenen Rentner sogar Schuld daran, dass für die anderen die Rente sinkt.

Herr Seehofer und Frau Göring-Eckardt waren höchstpersönlich dabei, als man am Parlament vorbei an den Gesetzestexten rumschraubte. Für Seehofer war die letzte Runde „eine seiner schönsten Nächte“. Frau Merkel hat vor kurzem wieder betont, dass sei ja alles vom Verfassungsgericht abgesegnet und also unumstößlich (alternativlos). Die SPD hat im Wahlkampf zwar mit ihrer Sozialkompetenz auf die Pauke gehauen. Aber die sich um das Thema „kümmernde“ Frau Nahles hatte nur einen Kommentar für ausgenommene Rentner parat „da haben sie aber die Arschkarte gezogen“. Und selbst die FDP war zwar immer mal wieder dagegen, hat aber jede sich bietende Gelegenheit dagegen vorzugehen konsequent ausgelassen. Welcher Politiker soll denn jetzt freiwillig auf die mit so viel krimineller Energie „erarbeitete“ 2-3 Milliarden Betrugsbeute jährlich verzichten? Der/die ist doch sofort politisch tot.

Sie spekulieren, dass die Koalitionsverhandlungen sich mit dem Thema befassen könnten?  
Eine seltsame Vorstellung, Sie träumen.

Schlafen Sie ruhig weiter, Gute Nacht SPIEGEL  
Dr. Arnd Rüter

Von: Seith, Anne [anne.seith@spiegel.de]

Gesendet: Di 14.11.2017 09:08

An: arnd\_ruetter

Betreff: Read: WG: Unterlagen zum größten Skandal bzgl des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschl

Ihre Nachricht

An: Seith, Anne

Betreff: WG: Unterlagen zum größten Skandal bzgl des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland

Gesendet: Montag, 13. November 2017 22:41:03 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien

wurde am Dienstag, 14. November 2017 09:08:07 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien gelesen.

**Von:** Reinhard Günther <[reinhard.guenther@online.de](mailto:reinhard.guenther@online.de)>

**Datum:** Sonntag, 28. Januar 2018 um 16:35

**An:** "Beyer, Susanne" <[susanne.beyer@spiegel.de](mailto:susanne.beyer@spiegel.de)>

**Betreff:** WG: Unterlagen zum größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrte Frau Beyer,

obwohl Herr Brinkbäumer als Chefredakteur diese E-Mail schon vor Wochen von Herrn Dr. Rüter und Herrn Mühlbauer erhalten hat und zusätzlich nicht unerheblicher E-Mail-Verkehr zwecks Nachfrage und der Bitte um Bearbeitung im Sande verlaufen sind, wende ich mich nunmehr an Sie als vorläufig letzter Versuch als Spiegel- u. Spiegel-Newsletter-Leser mit der nochmals eindringlichen Bitte, sich dieses Themas doch endlich einmal anzunehmen.

Was konkret hindert die Spiegel-Redaktion konkret daran, sich dieses Themas einmal anzunehmen???

Es gibt keinen fortwährenden Betrugsskandal mit einer Summe Minimum > ca. 25 MRD. € rechtswidrig zwangsentzogenem Privat-Vermögen!!!

Nicht nur ich begreife es nicht, dass ein Presseorgan wie der Spiegel sich bis heute beharrlich weigert, zu diesem hochbrisanten Thema Stellung zu beziehen.

Wenn ich z. B. weit zurück an die Spiegel-Strauß-Affäre und Rudolf Augstein zurückdenke, dann verstehe ich es noch viel, viel weniger!

Aber ich bin ziemlich überzeugt davon, dass auch der Spiegel ganz schnell hellhörig wird, wenn ein regionales Pressorgan diese PDF-Anlagen liest und in aller Ausführlichkeit darüber berichten wird. Es könnte bald soweit sein.

Deshalb nochmals die Frage:

Warum als Erst-Publikation nicht gerade das deutsche Presseorgan, das dafür doch besonders prädestiniert ist?

Hat sich die Mentalität zu wichtigen politischen Themen – und dieses Thema ist ein hochpolitisches! - seit Rudolf Augstein so gravierend geändert, das gerade dieses Thema, das wohl den größten „*Betrugs- u. Vermögens-Enteignungsskandal der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte*“ darstellt, nicht von Interesse sein sollte?

Über eine Antwort Ihrerseits würde ich mich sehr freuen.

Mit freundlichem Gruß

Reinhard Günther (Rentner, 70 j., Dipl.-Wi.-Ing.)

Tel.: 04102-44366

=====▲  
**Dringend - Bitte ausdrucken und der Chefredaktion (Ressort Innenpolitik) vorlegen**

**Unterlagen zum größten Skandal bzgl.  
des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit  
in der Bundesrepublik Deutschland**

Sehr geehrte(r) ....(Chefredaktion),

anbei erhalten Sie eine Übersicht, welche den größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beschreibt, den die Bundesrepublik Deutschland bisher erleben musste. Es geht um den staatlich organisierten Betrug an ca. 6 Millionen Rentnern mit einem geschätzten Schaden von bisher 21 Milliarden Euro (Stand Ende 2016).



Die Übersicht ist aus der Begründung einer Verfassungsbeschwerde entstanden und stellt eine gestraffte Darstellung der wesentlichen Abläufe und Zustände dar. Sie enthält keine Beweise; die gesamte Verfassungsbeschwerde inkl. aller beweisenden Dokumente umfasst mehr als 1000 Seiten. Die in der beigelegten Übersicht enthaltenen Referenzen wurden absichtlich beibehalten, um zu verdeutlichen, dass sämtliche Aussagen (bis auf zwei in der Übersicht identifizierte Punkte) beweiskräftig belegt werden können.

Da die Politik keinerlei Absicht hat diese Geldbeschaffungsmaschine (ca. 2 Milliarden pro Jahr) abzustellen, die gesamte mit Beitragsrecht beschäftigte Sozialgerichtsbarkeit der Bundesrepublik ins Kriminelle abgedriftet ist und sich nun auch die Kriminalisierung wesentlicher Teile des Bundesverfassungsgerichts gezeigt hat, sehen wir keine andere Möglichkeit mehr, als uns an die Öffentlichkeit zu wenden.

Um Ihnen die Brisanz des ganzen zu verdeutlichen, haben wir in der Übersicht den Text an 3 Stellen gelb markiert. Zu diesen Punkten senden wir Ihnen in der Anlage die beweisenden Dokumente.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie sich als sogenannte „Vierte Gewalt“ des Themas annehmen und die Information der Öffentlichkeit unterstützen würden. Uns ist bewusst, dass in Presse, Funk und Fernsehen bereits der eine oder andere Punkt behandelt wurde. Durch unzureichende Aufbereitung unter Berücksichtigung sämtlicher Aspekte und mangelnde Unterstützung durch Betroffene wurde aber meistens ein sehr verzerrtes Bild der Situation wiedergegeben. Sämtlich und besonders wird von den verantwortlichen Verursachern des Skandals behauptet, es handle sich um Versorgungsbezüge im Sinne des Betriebsrentengesetzes (BetrAVG). Dazu wird mit den Begriffen „betriebliche Altersversorgung“ und „Direktversicherung“ Rechtsbeugung betrieben. Dies ist aber die rechtsbeugende Finte der Judikative, mit der die privat finanzierten Kapitallebensversicherungen in mit Sozialversicherungsbeiträgen zu belastende Renten umgedeutet werden.

Das Material ist sicher nicht geeignet, um daraus Kurzberichte zu schreiben bzw. zu erstellen. Man kann sich eine journalistische Bearbeitung wohl am besten als dreiteilige Serie vorstellen: (1) Die Entstehungsgeschichte des GMG, (2) Die Kriminalisierung der Sozialgerichtsbarkeit, (3) Die Kriminalisierung des Bundesverfassungsgerichts.

Wenn Sie bereits unter Last der gesandten Informationen stöhnen und es als zu kompliziert ansehen, dann entschuldigen Sie bitte die Störung. Was wir keinesfalls gebrauchen können, wenn uns jemand mit viel Unterstützungsarbeit zudeckt, um dann für sich heraus zu finden, dass

- das Ganze einfach zu lästig ist (weil mit viel Arbeit verbunden),
- das Thema einfach zu „heiß“ und politisch zu brisant ist und der Eigentümer, die Chefredaktion oder ähnliche Kontrollorgane der Medien die Veröffentlichung stoppen, bevor es losgeht,
- Sie dem Thema einfach nicht gewachsen sind,

dann ist es besser, wenn Sie dies einfach so mitteilen und nicht erst nach unglaubwürdigen Begründungen suchen.

Wenn Sie allerdings durch die erhaltenen Informationen hellwach werden und Ihr Berufsethos Sie nicht mehr ruhen lässt, dann bekommen Sie selbstverständlich weitere Unterstützung.

Wir freuen uns auf eine baldige Nachricht von Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

.....  
(Dr. Amd Rüter)

Haydnstraße 5  
85591 Vaterstetten  
08106 32754  
[amd\\_rueter@web.de](mailto:amd_rueter@web.de)

.....  
(Rudolf Mühlbauer)

Camerloherstraße 7  
85737 Ismaning  
089 965547  
[rudolf.muehlbauer@zumare.de](mailto:rudolf.muehlbauer@zumare.de)

**Hinweis:**

Sämtliche vorhandenen Dokumente sind ohne spezielle juristische Kenntnisse lesbar und verstehbar, als Voraussetzung reicht völlig der gesunde Menschenverstand aus.

**Anlagen:**

1. Übersicht größter Skandal in Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.pdf
2. Anlage V9\_20031105\_VdAK\_AEV an GDV mit Anmerkung.pdf
3. VG10a\_20170428 empfangen\_20170426 gesendet\_BVerfG Kirchhof\_an Binding SPD\_Direktversicherungen.pdf
4. VG13\_20170528\_Vizepräsident Kirchhof\_Kommentar zur Nichtannahme Verfassungsbeschwerde und Pressemitteilung.pdf
5. Liste von widerrechtlich vom Ersten Senat nicht angenommenen Verfassungsbeschwerden (10-08-2017).pdf

Von: Beyer, Susanne [susanne.beyer@spiegel.de]

Gesendet: Mo 29.01.2018 15:25

An: Reinhard Günther

Cc:

Betreff: Re: Unterlagen zum größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutsch

Sehr geehrter Herr Günther,

haben Sie vielen Dank für Ihren Hinweis. Wir haben ihn jetzt einem Fachredakteur zugewiesen und sind gespannt auf seine Rückmeldung.

Beste Grüße,

Ihre

Susanne Beyer

Stellv. Chefredakteurin  
DER SPIEGEL  
Ericusspitze 1  
20457 Hamburg

Fon: +49 (40) 3007 - 2811  
Fax: +49 (40) 3007 85 2811

E-Mail: [susanne\\_beyer@spiegel.de](mailto:susanne_beyer@spiegel.de)  
[www.spiegel.de](http://www.spiegel.de)

SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Sitz und Registergericht Hamburg HRA 61  
755

Komplementärin Rudolf Augstein GmbH, Sitz und Registergericht Hamburg HRB 13 105,  
Geschäftsführer Thomas Hass

Von: arnd\_rueter [arnd\_rueter@web.de] Gesendet: Do 21.06.2018 23:33  
An: 'anne.seith@spiegel.de'  
Cc: 'cornelia.schmergal@spiegel.de'; 'klaus.brinkbaeumer@spiegel.de'; 'chefredaktion@spiegel.de'; 'Rudolf Mühlbauer'; 'reinhard.guenther@online.de'  
Betreff: massive Kritik an der einseitigen Berichterstattung des SPIEGEL

Sehr geehrte Frau Anne Seith,

Ihr zusammen mit Cornelia Schmergal veröffentlichter Beitrag „Doppelt abkassiert – Altersvorsorge“ im SPIEGEL vom 16.6.2018 gibt zu 100% die Sicht derer wider, die den **größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland** zu verantworten haben.

Es ist peinlich, wie Sie sich vor diesen Karren spannen oder spannen lassen. Der SPIEGEL sollte eine Namensergänzung vornehmen „Der SPIEGEL – das Parteiorgan der SPD“

Sie haben noch immer nicht verstanden, dass Auszahlungen des Sparergebnisses von Kapitallebensversicherungen keine Betriebsrenten sind. Dabei standen Ihnen die Dokumente zur Verfügung, die wir am 12.11.2017 an den Chefredakteur Brinkbäumer gesendet haben und die Sie auch per Email am 12.11.2017 erhielten. Sie haben am 12.11.2017 23:28 zusätzlich die Information bekommen, welche Unterlagen Ihnen noch zur Verfügung stünden (mittlerweile ca. 1200 Seiten), Hinweise zu einer sinnvollen Herangehensweise und weitreichende Angebote zur Unterstützung ohne Ihre Entscheidungshoheit bei Veröffentlichungen in Frage zu stellen.

Sie wurden damals von Herrn Brinkbäumer aufgefordert die übersandten Unterlagen durchzusehen. Was haben Sie daraus gemacht? Sie haben die Email vom 12.11.17 am 13.11.17 09:11 Uhr geöffnet und wussten bereits um 09:25 Uhr zu berichten: „Ich habe mich bereits durch die 19 Seiten durchgearbeitet. Leider sehe ich keinen unmittelbaren Anlass der Berichterstattung, die Argumentation ist aus meiner Sicht nicht ganz schlüssig. Die bisherige Berichterstattung in der Presse scheint mir da doch angemessen. Es kann allerdings sein, dass das Thema bei den Koalitionsverhandlungen aktuell wird. Sollte es so kommen, gäbe es aus unserer Sicht womöglich Neues zu berichten, was man im SPIEGEL aufgreifen kann. Ich hoffe, ich darf in diesem Fall wieder auf Sie zukommen.“

Darauf habe ich Ihnen am 13.11.17 u.a. geantwortet: „es tut mir leid, aber so billig möchte ich Sie nicht davon kommen lassen. Die **Argumentation** ist in Ihrer Sicht schon deswegen **nicht ganz schlüssig**, weil das 19-seitige Dokument, welches Sie gelesen haben, keinerlei Argumentation enthält.“ Außerdem habe ich den Sachverhalt nochmals in anderer Darstellung erläutert.

Jetzt reden Sie mit den Worten der SPD von den „**Betriebsrenten**“ und der „**Doppelverbeitragung**“ die diese angeblich demnächst/bald einstellen würde. Soll das jetzt das „womöglich Neue“ sein?

Das Bestreben der SPD zur Halbierung des Beitragssatzes ist doch nun wirklich nichts Neues, weshalb ja auch das vom Thema ablenkende Wort „**Doppelverbeitragung**“ permanent wiederholt wird. Seit Jahren wird dies durch die SPD eingetrichtert und von **dem durch die SPD unterwanderten Vorstand des DVG.e.V.** (DVG = Direktversicherungsgeschädigte) mal mit mehr mal mit weniger Deutlichkeit heraus posaunt. Ein Vorstand, der gerade auf einer **bundesweiten** Mitgliederversammlung sich selbst und seine Strategie (keinesfalls juristisch Klagen, sondern auf die Politiker hoffen) gerade von 75 (in Worten: fünfundsiebzig) Mitgliedern hat bestätigen lassen und der andererseits behauptet im Namen von 6 Mio Betroffenen zu sprechen. Dass die von Ihnen als Beispiel gewählte (oder vom DVG anempfohlene) Maria Hilbrandt Mitglied in diesem Verein ist, ist nur logisch. Wahrscheinlich weiß auch sie nicht, was und wie ihr bei diesem staatlich organisierten Betrug geschieht, denn der Vereinsvorstand achtet minutiös darauf aufklärende Informationen von seinen Mitgliedern fern und diese unwissend zu halten. Eine der deutschen Mentalität zu eigene Obrigkeitshörigkeit tut bei diesen Rentnern ihr übriges (kann doch nicht sein, dass ein deutscher Richter, der in der Hierarchie gleich nach dem Pfarrer kommt, lügt).  
Es kann sein, dass die Zusage durch die CDU (Spahn) „lösungsorientiert zu prüfen“ [eine von der SPD gesteuerte Wortwahl] aus Sicht der SPD ein Zeichen der Annäherung ist, in den Augen der Betroffenen ist es schlichtweg **Verarschung**.

Will die SPD, will vielleicht demnächst auch die CDU, wollen Sie vom SPIEGEL ernsthaft erzählen, dass jemand, der z.B. bisher um 18.000 Euro bestohlen werden sollte, sich nun freuen soll, dass die SPD es als lösungsorientierten Plan ansieht, ihn nur noch um 10.000 oder 12.000 oder ... (je nachdem wie viel ihm bei Planumsetzung bereits abgenommen wurde) zu bestehlen?

Das ist „jetzt“ der neue sozialpolitische Ansatz der SPD: **„staatlich organisierter Betrug auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch“, aber eben in Zukunft ein bisschen weniger.**

Wenn es wirklich Ihre Zweifel an unserer Darstellung wären, die Sie an korrekter Beschreibung der Sachverhalte hindern, dann bräuchten Sie doch nur in der Liste unten die Referenzen 1 und 3 zu lesen. Glaubt irgendjemand ernstlich, man könne derart deutlich und veröffentlicht dem Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts **Rechtsbeugung** (nach § 339 StGB ein mit mindestens einem Jahr Haft zu ahndendes Verbrechen für nur einmaliges Tun; er betreibt es aber seit 2010 in Serie) und **Verfassungsbruch** vorwerfen ohne rechtliche Konsequenzen zu erfahren (es sei denn, diesem fällt nichts ein, wie er gegen die beschriebenen Tatsachen juristisch vorgehen könnte)?

Kennen Sie das Phänomen des „Fremdschämens“? Ich schäme mich dafür, was aus dem einst renommierten SPIEGEL geworden ist.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Arnd Rüter  
(einer der 6 Mio Betrogenen)

Haydnstraße 5  
85591 Vaterstetten

Es geht bei dem Stichwort **„Doppelverbeitragung durch das GMG“** um zwei ganz unterschiedliche Sachverhalte:

Der **erste Sachverhalt** ist die Verdoppelung der KV- und PV-Beiträge für echte Betriebsrenten (§ 248 SGB V). Dieses zu begründen mit der ja bereits durchgezogenen zweifachen Besteuerung der Rentenbeträge mag verfassungsmäßig vielleicht noch durchgehen, obwohl Herr Voßkuhle ja nicht müde wird, die moralisch-ethische Dimension des Grundgesetzes zu betonen. Im einfachen Recht gibt es die Kategorie der **Sittenwidrigkeit**. Es wäre falsch zu behaupten, aus dem Grundgesetz sei Ethik und Forderung nach moralischem Handeln auszuklammern. Das zweite Wort des GG lautet „Würde“, an 28. Stelle steht „Menschenrechte“ und erst an 54. Stelle steht „Recht“. Eine Argumentation, die Mehrfachverbeitragung von Eigentum der Bürger sei schon deswegen verfassungskonform und sittenkonform, weil die Dämme mit der Doppeltbesteuerung der Rentenbeträge ohnehin schon gebrochen sind, ist verantwortungslos gegenüber unserer Demokratie. Wer keine Probleme darin sieht, dass sich der Staat und öffentlich-rechtliche Organisationen mehrfach am selben Geld der Bürger bedienen, muss zumindest die Frage beantworten, warum er nicht das **GG Art 3(1) „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“** einhalten will und ein vehementer Verfechter auch anderer Doppelbesteuerungen/-verbeitragungen ist; z.B. die mehrfache Vermögenssteuer auf private Vermögen (warum nicht gleich jedes Jahr aufs Neue, bis nichts mehr da ist) oder die mehrfache Erhebung der Erbschaftssteuer auf ein Erbe. Wer hier feststellt, dass das eine, „genehmigte“ (Rente, Lebensversicherungen), die Vermögen der unteren Einkommensklassen sind und das andere die Vermögen der eher oberen Einkommensklassen, der gewinnt eine besseres Verständnis davon, was **Gleich und Ungleich nach dem Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetz** mittlerweile bedeuten.

Der **zweite Sachverhalt** ist die **rechtsbeugende und verfassungswidrige** „Umdeutung“ von Kapitalerträgen aus Kapitallebensversicherungen in Betriebsrenten (§ 229 SGB V). Nach geltender Rechtslage gelten sowohl im Beitragsrecht als auch im Steuerrecht die Versicherungsprämien zur Kapitallebensversicherung (unabh. davon wer sie letztlich bezahlt hat) „als dem Arbeitnehmer zur eigenen Verwendung überlassen“. „Sie stellen zum Zeitpunkt ihrer Zahlung beim Arbeitnehmer zugeflossenen Arbeitslohn dar [...]“ (BSG 14.07.2004). Auch das BMF sieht das am 17.11.2004 so. In anderen Worten: es handelt sich bei den Sparerträgen der Kapitallebensversicherungen um Privatvermögen, welches weder die Krankenkasse noch sonstige staatliche Stellen etwas angeht. Die grundlegenden Tatsachen sind zusammenfassend beschrieben in [über: Wie sich der Staat 21 Milliarden von RentnerInnen verschaffte; <http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8868>]. Zu diesem **staatlich organisierten Betrug** war die gesetzliche Änderung des § 229 SGB V nicht ausreichend, aber sie war die Voraussetzung für die nachfolgende **Kriminalisierung der gesamten mit Beitragsrecht befassten deutschen Sozialgerichtsbarkeit und die Kriminalisierung des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts**. Und dafür trägt die Politik die Verantwortung. Die Politiker der etablierten politischen Parteien glauben doch nicht im Ernst, die Bestohlenen mit Sprüchen wie „es ist kein Geld für eine rückwirkende Korrektur“ vorhanden und „in Zukunft betrügen wir nur noch um die Hälfte“, abspesen zu können. Es geht hier nicht um eine „Wünsch-Dir-Was-Veranstaltung“ für die Politik; das Diebesgut ist inklusive Verzinsung zurück zu zahlen, **basta** (um mit Schröder, dem 1. Verantwortlichen für diesen größten Skandal in der Bundesrepublik Deutschland zu sprechen).“

Nachfolgend eine „schon sträflich kurze“ **Zusammenfassung der Abläufe und des Status:**

Die rot-grüne Bundesregierung unter Schröder hatte es durch unfähige Politik geschafft die Sozialkassen in 3 Jahren zu leeren.

Dann ist man 2003 nicht auf eine geänderte Politik verfallen, sondern hat zusammen mit den Lobbyisten der Gesetzlichen Krankenkassen beschlossen sich das Geld bei den Rentnern zu holen, weil die sich nicht wehren können. Die Idee war, die Kapitallebensversicherungen der Beschäftigten bei Auszahlung (Privateigentum) rechtsbeugend in "Betriebliche Renten" "um zu definieren" und darauf Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge zu erheben. Die dafür erforderlichen Änderungen im SGB V hat man in einer Nacht und Nebel Aktion am Parlament vorbei gebastelt (Ulla Schmidt, Horst Seehofer, ... es waren auch einige Vertreter aus Landesregierungen dabei). Allesamt waren dies Vertreter der Parteien oder der Exekutive und hatten kein Recht Legislative/Gesetzgeber zu spielen. Das Parlament hat ahnungslos alles abgenickt (bis auf wenige lobenswerte Ausnahmen), was ihm über Nacht untergeschoben worden ist. Das Gesetz (GMG) ist also verfassungswidrig entstanden. Die Gesetzesänderungen zum 1.1.2004 allein reichten aber für die Durchführung des staatlich organisierten Betrugs nicht aus. Deshalb wurde der in Rente gehende Vorsitzende Richter des 12. Senats des Bundessozialgerichts durch einen der SPD genehmen Herrn Balzer ersetzt (Ausnutzung der politischen Einflussnahme mit dem deutschen Richterwahlgesetz). Dieser hat für eine Reihe von rechtsbeugenden Urteilen in 2006 gegen klagende Rentner in dieser Sache gesorgt. Mittlerweile berufen sich sämtliche mit Beitragsrecht befaste Sozialgerichte (Sozialgerichte, Landessozialgerichte, das Bundessozialgericht) auf diese rechtsbeugenden Urteile als sogenannte "höchstrichterliche" Rechtsprechung - das ist Rechtsbeugung (Straftatbestand mit mindestens 1 Jahr Haft) und Verfassungsbruch (Art. 97, 103 (1) ). Auch das hätte noch nicht zur Durchsetzung des Betrugs gereicht, denn es gibt noch das Bundesverfassungsgericht. 3 Richter aus dessen Erstem Senat haben aber unter Christine Hohmann-Dennhardt (Vorsitz, offensichtlich von der SPD dort hingehievt), Ferdinand Kirchhof, Reinhard Gaier in 2008 das wesentliche der rechtsbeugenden Urteile des Bundessozialgerichts inhaltlich und in Teilen sogar wörtlich abgeschrieben. Der Beschluss des Verfassungsgerichtes ist inhaltlich und durch den Beschluss, dem BSG das Recht auf selbständiges Umdefinieren des Rechts (Rechtsbeugung) zugestehen, Verfassungsbruch. Anschließend wurden unter dem Vorsitz Kirchhof noch zwei weitere verfassungswidrige Beschlüsse gefasst, um den staatlich organisierten Betrug endgültig zu zementieren. "Ganz zufällig" wurde Kirchhof in 2010 zum Vizepräsidenten des Verfassungsgerichtes gekürt. Seitdem plant der 1. Senat unter seinem Vorsitz jährlich, sämtliche Verfassungsbeschwerden zu dem GMG-Thema Herrn Kirchhof höchst selbst zur "Bearbeitung" zuzuschicken, um sie dann "ohne Begründung abzulehnen". Nach gesetzlicher Regelung sind diese Verfassungsbeschwerden aber vom Zweiten Senat (unter Voßkuhle) zu bearbeiten. Herr Voßkuhle weiß von alledem, aber er sitzt es einfach aus. Das ist wiederum Rechtsverweigerung und Verfassungsbruch auch durch Voßkuhle. Mittlerweile sind die über 6 Millionen betroffenen Rentner um über 26 Milliarden (Stand 2016) bestohlen worden. Die Politik (Parteien CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/die Grünen), Exekutive, Legislative) beruft sich permanent auf die Verfassungsgerichtsbeschlüsse, wohl wissend, dass diese verfassungswidrig sind, und wollen nicht auf die über 2 Milliarden Diebesgut jährlich verzichten. Die FDP hat zwar immer mal dagegen gemault, aber jede Chance etwas dagegen zu tun, konsequent ausgelassen. Die Durchsetzung dieses staatlich organisierten Betrugs ging und geht also nicht nur einher mit der Kriminalisierung der bundesdeutschen Sozialgerichtsbarkeit, sondern auch mit einer Kriminalisierung des obersten deutschen Gerichts. Die Bundesverfassungsrichter missachteten nicht nur die Verfassung und das eigens für sie geschaffene Bundesverfassungsgerichtsgesetz, sondern verletzen auch strafrechtlich relevante Paragraphen.

Sollte sich wider Erwarten der SPIEGEL ernsthaft mit der Thematik beschäftigen wollen, so sind den nachfolgende Links weitere Informationen zu entnehmen:

In weiteren Schritten wäre die Nutzung von über 1200 Seiten möglich inkl. aller Dokumente, die sämtliche Behauptungen auch juristisch sattelfest beweisen.

Ref.	Titel	Link	über Link zum pdf
1	Replik des Dr.R. an Kirchhof BVerfG wg. Nichtannahme Verfassungsbeschwerde und Pressemitteilung	<a href="http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8434">http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8434</a>	<a href="http://www.altersdiskriminierung.de/download/direktversicherung-kirchoff.pdf">http://www.altersdiskriminierung.de/download/direktversicherung-kirchoff.pdf</a>
2	Wie sich der Staat 21 Milliarden von RentnerInnen verschaffte	<a href="http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8507">http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8507</a>	<a href="http://www.altersdiskriminierung.de/download/Link1_Uebersicht_Skandal.pdf">http://www.altersdiskriminierung.de/download/Link1_Uebersicht_Skandal.pdf</a> <a href="http://www.altersdiskriminierung.de/download/Link2_Schreiben_VdAK_AEV.pdf">http://www.altersdiskriminierung.de/download/Link2_Schreiben_VdAK_AEV.pdf</a> <a href="http://www.altersdiskriminierung.de/download/Link3_Schreiben_Kirchhof.pdf">http://www.altersdiskriminierung.de/download/Link3_Schreiben_Kirchhof.pdf</a>
3	Schwere Vorwürfe gegen Bundesverfassungsgerichtspräsidenten	<a href="http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8868">http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8868</a>	<a href="http://www.altersdiskriminierung.de/download/20180115_RM-an-Kirchhof-und-Vosskuhle.pdf">http://www.altersdiskriminierung.de/download/20180115_RM-an-Kirchhof-und-Vosskuhle.pdf</a>
4	Zur hartaberfair-Sendung zum Thema Lebensversicherungen	<a href="http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8873">http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8873</a>	
5	Bundestagsitzung: Wenn Blinde über Farben reden	<a href="http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8925">http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8925</a>	<a href="http://altersdiskriminierung.de/download/Plenarprotokoll-11-Plenarsitzung.pdf">http://altersdiskriminierung.de/download/Plenarprotokoll-11-Plenarsitzung.pdf</a>
6	Petitionsausschuss ist absolut sinnlos	<a href="http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=9033">http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=9033</a>	

Von: Brinkbäumer, Klaus [klaus.brinkbaeumer@spiegel.de]

Gesendet: Do 21.06.2018 23:41

An: arnd\_rueter

Betreff: Read: massive Kritik an der einseitigen Berichterstattung des SPIEGEL

Ihre Nachricht

An: Brinkbäumer, Klaus

Betreff: massive Kritik an der einseitigen Berichterstattung des SPIEGEL

Gesendet: Donnerstag, 21. Juni 2018 23:32:32 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien

wurde am Donnerstag, 21. Juni 2018 23:41:11 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien gelesen.

Von: Schmergal, Cornelia [cornelia.schmergal@spiegel.de]

Gesendet: Fr 22.06.2018 07:56

An: arnd\_rueter

Betreff: Read: massive Kritik an der einseitigen Berichterstattung des SPIEGEL

Ihre Nachricht

An: Schmergal, Cornelia

Betreff: massive Kritik an der einseitigen Berichterstattung des SPIEGEL

Gesendet: Donnerstag, 21. Juni 2018 23:32:32 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien

wurde am Freitag, 22. Juni 2018 07:55:37 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien gelesen.

Von: Seith, Anne [anne.seith@spiegel.de]

Gesendet: Fr 22.06.2018 08:35

An: arnd\_rueter

Betreff: Read: massive Kritik an der einseitigen Berichterstattung des SPIEGEL

Ihre Nachricht

An: Seith, Anne

Betreff: massive Kritik an der einseitigen Berichterstattung des SPIEGEL

Gesendet: Donnerstag, 21. Juni 2018 23:32:32 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien

wurde am Freitag, 22. Juni 2018 08:35:08 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien gelesen.



**Von:** Seith, Anne [<mailto:anne.seith@spiegel.de>]  
**Gesendet:** Montag, 25. Juni 2018 12:11  
**An:** arnd\_rueter  
**Cc:** **Martin Steinhäuser**  
**Betreff:** Re: massive Kritik an der einseitigen Berichterstattung des SPIEGEL

Sehr geehrter Herr Rüter,

Für sachliche Kritik bin ich immer offen, aber Ihren Ton verbitte ich mir. Ich lasse mich genauso wenig von Ihnen „vor den Karren spannen“, wie Sie das nennen, wie von der SPD. Wenn Ihnen die Stoßrichtung eines nach bestem Wissen und Gewissen objektiv recherchierten Artikels nicht gefällt, steht es Ihnen völlig frei in Eigenregie zu veröffentlichen, was Sie wollen. Nur eben leider nicht im SPIEGEL.

Dies ist die letzte Mail, die ich Ihnen in dieser Angelegenheit sende.

Beste Grüße,  
Anne Seith

DER SPIEGEL  
Hauptstadtbüro  
Alexanderufer 5  
10117 Berlin

Tel: +49 30 88 66 88-119  
Fax: +49 40 3007 858-119  
Mobil: +49 162 2452770

SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Sitz und Registergericht Hamburg HRA 61 755  
Komplementärin Rudolf Augstein GmbH, Sitz und Registergericht Hamburg HRB 13 105  
Geschäftsführer Thomas Hass

Von: arnd\_rueter [arnd\_rueter@web.de] Gesendet: Mo 25.06.2018 21:30  
An: 'cornelia.schmergal@spiegel.de'; 'klaus.brinkbaeumer@spiegel.de'  
Cc: 'anne.seith@spiegel.de'; 'Rudolf Mühlbauer'; 'reinhard.guenther@online.de'  
Betreff: WG: massive Kritik an der einseitigen Berichterstattung des SPIEGEL

Sehr geehrte Frau Schmergal, sehr geehrter Herr Brinkbäumer,

dieser abrupte Wechsel im Verteiler der Antwort von Frau Seith zeigt beeindruckend woher ihre „Stoßrichtung eines nach bestem Wissen und Gewissen objektiv recherchierten Artikels“ stammt.

Den Namen Steinhäuser hat sie ins Spiel gebracht, nicht ich.

[Steinhäuser (SPD), Vorstandsmitglied des DVG, ein nach dem DVG-Besuch am 22.06.2016 bei Ulla Schmidt „überreichtes Geschenk“ der SPD (griechisch: „Trojanisches Pferd“ )

Deutlicher als Frau Seith könnte ich beim besten Willen nicht zeigen, wie sachlich und auf Tatsachen beruhend meine Aussagen sind.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Arnd Rüter

Von: Brinkbäumer, Klaus [klaus.brinkbaeumer@spiegel.de]

Gesendet: Mo 25.06.2018 22:40

An: arnd\_rueter

Betreff: Read: WG: massive Kritik an der einseitigen Berichterstattung des SPIEGEL

Ihre Nachricht

An: Brinkbäumer, Klaus

Betreff: WG: massive Kritik an der einseitigen Berichterstattung des SPIEGEL

Gesendet: Montag, 25. Juni 2018 21:30:22 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien

wurde am Montag, 25. Juni 2018 22:39:50 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien gelesen.

Von: Schmergal, Cornelia [cornelia.schmergal@spiegel.de]

Gesendet: Mo 25.06.2018 22:53

An: arnd\_rueter

Betreff: Read: WG: massive Kritik an der einseitigen Berichterstattung des SPIEGEL

Ihre Nachricht

An: Schmergal, Cornelia

Betreff: WG: massive Kritik an der einseitigen Berichterstattung des SPIEGEL

Gesendet: Montag, 25. Juni 2018 21:30:22 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien

wurde am Montag, 25. Juni 2018 22:52:58 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien gelesen.